

**Wahlprüfsteine Sächs. Landesbauernverband
Antworten der Partei DIE LINKE in Sachsen**

1. Wie steht Ihre Partei zu den vielfältigen Strukturen der Landwirtschaft im Freistaat Sachsen hinsichtlich kleiner und großer Betriebe, ökologisch und konventionell wirtschaftender Betriebe, Unternehmen im Haupt- und Nebenerwerb und den verschiedensten Rechtsformen?

Wir stimmen zu, dass eine Vielfalt bei den sächsischen Landwirtschaftsbetrieben zu erhalten und zu befördern ist. Um ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen biologischer und konventioneller Wirtschaftsweise herzustellen, streben wir eine mittelfristige Steigerung der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Sachsen von derzeit knapp 4% auf 20% an.

Die Forderung, allen Betriebsformen die gleichen Entwicklungschancen einzuräumen, wird begrüßt. Zu beachten ist dabei, dass große, insbesondere wenig arbeitsintensive Betriebe in der Regel wirtschaftlicher arbeiten können. Nicht um Märkte zu verzerren, sondern um Vielfalt beizubehalten sind insbesondere die arbeitsintensiveren und kleineren Betriebe zu stärken.

2. Wie beurteilen Sie die Beschlüsse der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und deren Umsetzung in Deutschland?

Bereits frühzeitig hat sich DIE LINKE in die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik mit eigenen Vorstellungen zu Wort gemeldet. Um innerhalb der I. Säule ökologische und soziale Leistungen honorieren zu können, wollten wir sie aus zwei Komponenten zusammensetzen. Insbesondere mit der sogenannten Arbeitsprämie haben wir Akzente gesetzt. Damit sollten Arbeit und Einkommen in den ländlichen Räumen gezielt gefördert und arbeitsintensive Wirtschaftsweisen – sofern sie aus Umweltaspekten sinnvoll sind – gestärkt werden.

Ein Blick auf die Entwicklung der Biodiversität verdeutlicht Nachholbedarf an ökologischen Maßnahmen in der Landbewirtschaftung. Insofern sind in die zweite Säule umgeschichtete Mittel für erfolgversprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Bereich Artenvielfalt bei der Landwirtschaft gut investiert.

Das Greening ist insgesamt deutlich verwässert worden – aber der Gesamttrend zeigt aus unserer Sicht auch, dass die EU den gestiegenen Umweltschutzerfordernissen und Verbraucheransprüchen stärker Rechnung tragen will. Insofern hatte die LINKE mit ihrem sozial-ökologischen Förderansatz die Zeichen der Zeit erkannt.

Wir hätten uns bei den ökologischen Vorrangflächen ein ausnahmsloses Verbot von mineralischer Stickstoffdüngung und chemischen Pflanzenschutzmitteln gewünscht. Im Übrigen liegt die Möglichkeit für präzisierende Rechtsverordnungen beim Greening nun beim Bundeslandwirtschaftsministerium – nicht in Sachsen.

3. Welche Investitionsschwerpunkte haben aus Ihrer Sicht in Sachsens Landwirtschaft Vorrang?

Es ist anzunehmen, dass nach 2020 die Fördermittel deutlich spärlicher ausfallen werden. Insofern ist es erforderlich, in dieser Förderperiode langfristig tragbare, sinnvolle und durchhaltbare Strukturen zu schaffen und gezielt zu fördern.

Dabei sind regionale Verarbeitungskapazitäten und Vermarktungswege durch gezielte Investitionen zu stärken.

Investitionen in landwirtschaftliche Tierhaltung sind nicht am Limit des derzeit gesetzlich Zulässigen zu fördern, sondern vorausschauend und an den tatsächlichen Lebensbedürfnissen der Tiere orientiert.

4. Wo setzen Sie die Prioritäten bei den Agrarumweltmaßnahmen bis 2020?

Der Grundsatz „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ sollte konsequent angewandt werden. Wir wünschen uns Maßnahmen, die in Bezug auf Stärkung der Biodiversität und Stoffeintragsminderung zielführend sind und sich dabei von der guten fachlichen Praxis abheben.

Die Gebietskulissen für zahlreiche Maßnahmen der Landbewirtschaftung sind verbesserungswürdig – dies ist wichtig, da die Grünlandkulissen zukünftig die einzige Grundlage für die Förderung darstellen.

5. Wie würden Sie die sächsische Land- und Ernährungswirtschaft bei der Erschließung neuer Märkte unterstützen und wie wollen Sie dem existierenden Marktungleichgewicht zwischen Erzeugern, Verarbeitern und Handel von landwirtschaftlichen Produkten entgegenwirken?

Landwirte als „Restgeldempfänger“ zu betrachten, muss ein Ende haben. Dazu ist deren Marktmacht beispielsweise durch aktive Erzeugergemeinschaften zu stärken. Vertrauen in landwirtschaftliche Produkte kann nur bei kostendeckenden Preisen für gute Produkte eingelöst werden. Eine zwei-Klassen-Ernährung lehnen wir jedoch ab.

Die angestoßene Diskussion über mangelnde Regionalität, Qualität, Umweltschäden und –belastungen sowie gestiegene VerbraucherInnenwünsche lassen sich nicht wegwarten.

Statt Appellen an möglicherweise wünschenswertes VerbraucherInnenverhalten ist eine sachliche VerbraucherInnenaufklärung über Produktionsweisen in Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung vorzunehmen.

Wir unterstützen die Einführung eines ernstzunehmenden bundesweiten Tierwohl-Labels und regionale Vermarktungsinitiativen.

6. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass eine 1:1-Umsetzung von europäischem in nationales bzw. Landesrecht gewahrt bleibt?

Europaweite Vorgaben müssen von Schweden bis Sizilien und von Portugal bis Rumänien anwendbar sein – sie sind aufgrund dieser Bedingungen notwendigerweise grob und müssen durch die Mitgliedsstaaten konkretisiert werden.

7. Was wären Ihre Ansätze zur Umsetzung bundesweit und/oder europaweit einheitlicher Standards in Tier-, Natur- und Umweltschutz?

Europaweit einheitliche Standards in Tier-, Natur- und Umweltschutz würden aufgrund der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, Zwischenergebnisse, Problemlagen und Finanzmittel in den Mitgliedsstaaten für Deutschland wahrscheinlich zu einer Herabstufung der Anforderungen führen. Gleichwohl gibt es anderswo Ansätze, die sicherlich anspruchsvoller sind und nebenbei auch zu einer Verkürzung der Vermarktungskette führen.

Warum bleibt das Augenmerk auf einem europa- oder sogar weltweiten Fokus, wo es darum gehen sollte, Qualität statt Quantität zu erzeugen und die regionale Bevölkerung von der heimischen Landwirtschaft und ihren Produkten zu begeistern? Wir unterstützen die Einführung eines ernstzunehmenden bundesweiten Tierwohl-Labels und regionale Vermarktungsinitiativen.

Eine gesteigerte Wertschätzung von Lebensmitteln und der täglichen Arbeit der Menschen, die in Landwirtschaft, Tierhaltung und Verarbeitung tätig sind, wird allein über Transparenz in Erzeugung und Vermarktung sowie verstärkte Berücksichtigung der Qualität zu lösen sein.

8. Welche konkreten Aktivitäten unternimmt Ihre Partei gegen einen ständig zunehmenden Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche in Sachsen und wie kann sich die sächsische Bauernschaft in die Energiewende in Deutschland einbringen? Welche Aufgaben leiten sich daraus für Ihre Partei ab?

Die flächenmäßige Verringerung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen muss durch flächengleiche Entsiegelungsmaßnahmen gestoppt werden. Der Landwirtschaft dürfen keine weiteren Flächen entzogen werden, solange beispielsweise noch Schrottimmobilien in der Landschaft herumstehen. Ein Übriges könnte ein – bislang fehlender - Bodenfonds beitragen, der landwirtschaftliche Flächen sichert und an die Betriebe weitergibt.

Sinnvolles Flächenmanagement besteht aus den drei Handlungsfeldern Flächenrecycling oder Brachflächenrevitalisierung, Verringerung der Flächenneuinanspruchnahme und Steuerung von naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen – hier wollen wir die seit Jahren nur in Ansätzen geführten Diskussionen bündeln und zusammenführen.

Unsere konkreten Vorschläge zum Landesentwicklungsplan, unser Agrarstrukturverbesserungsgesetz und unsere Beiträge in diversen Landtagsdebatten wurden von CDU und FDP abgelehnt.

Bereits jetzt gehören Landwirtschaftsbetriebe zu den Katalysatoren für die Energiewende. Wir wollen landwirtschaftliche Anlagen unterstützen, die die Dörfer mit warmem Wasser und/oder Energie versorgen können. Wichtig dabei ist, dass die regional verankerten Betriebe das Heft des Handelns in der Hand behalten und die Bewirtschaftung nicht für oder von Großinvestoren erfolgt, die weder die Agrarstruktur noch die langfristige Ertragsfähigkeit der Böden im Blick haben.

9. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Sächsische Landesbauernverband e.V. als einer der Träger öffentlicher Belange anerkannt und beteiligt wird?

Sofern eine Prüfung des Sachverhalts zu einem grundsätzlich positiven Ergebnis kommt, kämen im Landwirtschaftssektor sicherlich nicht allein der Sächsische Landesbauernverband e.V., sondern gleichfalls der Verband der privaten Landwirte und Grundeigentümer Sachsen e.V., sowie die in Sachsen tätigen Landesverbände der Anbauverbände des ökologischen Landbaus dafür infrage. Sicherlich wären hier Abstimmungen unter den genannten Verbänden zur generellen Frage der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange sinnvoll. Dem kann hier nicht vorgegriffen werden.

10. Wie können sich Sachsens Landwirte und Grundeigentümer in die Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes des Freistaates einbringen? Wie soll aus Ihrer Sicht die Entschädigung der Landwirte und Grundeigentümer geregelt werden?

Etwa 7.700 km lang ist die Strecke, bei der in Sachsen die Fließgewässer mit einer Länge von über 500m durch Ackerflächen verlaufen - das entspricht einem Anteil von insgesamt knapp 1/3 der gesamten Gewässerlänge. Bei der laufenden Gewässerunterhaltung ergeben sich deshalb aus unserer Sicht eine Vielzahl von möglichen Aufgaben, die auch von den Landwirtschaftsbetrieben gegen Entgelt übernommen werden können und sollten. Voraussetzung dafür sollte die Bildung flusseinzugsgebietsbezogener Gewässerunterhaltungsverbände sein.

Insbesondere in Nordsachsen werden wir nicht an Deichrückverlegungen vorbei kommen. Entschädigungen für Ernteeinbußen durch Polderflutungen sind ohne Wenn und Aber vorzusehen.

11. Wie sollten künftig die Bereiche Forschung und Entwicklung sowie die Strukturen der Umwelt-, Agrar- und Veterinärverwaltung im Freistaat Sachsen aussehen?

Die angewandte Agrar-, Forst-, Jagd- und Umweltforschung gehört nach wie vor zum Aufgabenbereich des Umweltministeriums – leider sind die dortigen Mittel in den vergangenen Jahren unter der CDU-Regierung stark eingekürzt worden. Dass die Officialberatung durch die Beratung durch einzelne profitinteressierte Firmen ersetzt wurde, sehen wir sehr kritisch. Tierschutz und Veterinärwesen gehören auch für uns in den Bereich der Landwirtschaft und nicht in das Sozialministerium.

Die Chance, im Rahmen von anspruchsvollen gesamtbetrieblichen Beratungsangeboten und Betrachtungsweisen in der neuen Landwirtschaftsförderperiode wirklich sinnvolle Maßnahmen mit den Betrieben abzustimmen um die jeweils drängendsten Probleme zu bewältigen (bspw. Erosionsgefahr oder Stickstoffbelastung) und in der Förderung anzubieten, wurde durch die aktuelle Regierung versäumt.

12. Welche konkreten Maßnahmen würde Ihre Partei im Rahmen des Bürokratieabbaus für die Landwirtschaft in Sachsen umsetzen?

Ein gewisses Maß an Bürokratie bleibt unverzichtbar, wenn es beispielsweise um die Verwendung öffentlicher Mittel geht. Ein Absenken der Standards und Anforderungen für die Inanspruchnahme der Fördermittel konterkariert die zu erreichenden Ziele. Insofern scheinen uns kompetente und gut über die Situation der Betriebe informierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden die einzige Lösung für das Dilemma.

Sofern bereits vorhandene Daten nutzbar sind, ist freilich von einem überbordenden Berichtswesen zulasten der Betriebe abzusehen.